



Daniel Frei: Wir sind Partei!

Liebe Genossinnen und Genossen

Parteifrei – unabhängig und keinen Interessen verpflichtet. Parteilos – einzig die Sache steht im Vordergrund. Solche Aussagen habe ich während der Gemeindewahlen 2014 immer wieder gehört. Und tatsächlich: Parteilose Kandidierende sind kantonsweit insbesondere in ländlichen Gegenden auf dem Vormarsch. Da und dort sind auch Bürgerbewegungen und neue Polit-Gruppierungen entstanden, die sich häufig von den etablierten Parteien abgrenzen und suggerieren, ihnen gehe es wie den Parteilosen einzig um Sachanliegen – im Gegensatz zu den Parteien, die als überholt und eigennutzorientiert dargestellt werden.

Das ist demokratiepolitisch problematisch – und langfristig betrachtet auch gefährlich. Sind es nicht die Parteien, welche politische Debatten ermöglichen, KandidatInnen rekrutieren, Wahl- und Abstimmungskämpfe durchführen, die Bevölkerung informieren und die politischen Strukturen kommunal, kantonal und national aufrecht erhalten? Die Parteilosen und Neo-Gruppierungen machen all dies in der Regel nicht und politisieren meist mit einer relativ kurzfristigen, auf sich bezogenen Perspektive. Das darf selbstverständlich so sein und sorgt für Auffrischung. Eine funktionierende Demokratie braucht jedoch die Parteien; ohne sie geht es nicht. Parteien stehen für Werthaltungen, Ideen, Traditionen und repräsentieren immer auch die Anliegen ihrer Wählerinnen und Wähler. All dies ist für den politischen Wettbewerb existenziell und macht das Wesen einer Demokratie aus.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind wir Partei. Wir stehen dazu und wir lassen uns vom (medialen) Gerede der angeblichen Parteienverdrossenheit und Politikmüdigkeit nicht beeindrucken. Die Parteien sind weitaus besser als ihr Ruf. Und vor allem: Sie sind unverzichtbar.

Ich wünsche mir SP-Mitglieder, die ihr Engagement und ihre Parteizugehörigkeit mit Überzeugung und Selbstbewusstsein vertreten und so zeigen, dass sie mitgestalten und Verantwortung übernehmen wollen.

Ich danke euch für euer Partei-Sein und eure Partei-Nahme!





Die Suche nach den Quadraturen von Kreisen

Die Debatten im Nationalrat waren in den letzten Monaten geprägt von der Suche nach Quadraturen von Kreisen. Zu verhandeln war der neue Rahmen für unsere bilateralen Beziehungen zur EU. Die EU machte klar, dass sie nicht weiter an sektoriellen Abkommen interessiert sei und pochte auf eine ganzheitliche institutionelle Grundlage. Das heisst namentlich eine Regelung der Weiterentwicklung bestehenden Rechts und der Streitbeilegung. Hier gibt es für die Schweiz das Problem der automatischen Übernahme von EU-Recht, die Vereinbarkeit mit den flankierenden Massnahmen und die Frage, inwieweit Urteile des EuGH für uns akzeptabel sein könnten.

Dann der 9. Februar 2014 und das Resultat der «Masseneinwanderungs-Initiative» – und alles war und ist nun definitiv fast unlösbar. Dass die neue Verfassungsbestimmung nicht mit der Personenfreizügigkeit vereinbar ist, war schon vor der Abstimmung klar: Die Kontingente und Begrenzungen vertragen sich damit ebenso wenig wie der Inländervorrang. Eine Verschärfung beim Familiennachzug kollidiert mit den Menschenrechten, und bei den Flüchtlingen auch mit dem Asylrecht. Es kann nur noch darum gehen, die integrale Kündigung der Bilateralen zu verhindern. Die SP wird sich für die Menschenrechte stark machen und gegen jede Diskriminierung stellen.



Wir wollen nach dem Debakel des 9. Februar und dem faktischen Scheitern des bilateralen Weges aber alle Optionen unserer Beziehungen zu Europa offen diskutieren. Dazu gehört auch der Beitritt zur EU. Wir wollen langfristig an einem sozialeren, demokratischeren und gerechteren Europa mitarbeiten, die Abschottung ist keine Alternative. Denn die Schweiz ist unsere Heimat – und Europa die Heimat der Schweiz.

Die bürgerliche Mehrheit hat im Nationalrat kürzlich ein Freihandelsabkommen mit China ebenso gutgeheissen wie die Erleichterung der Waffenausfuhr. Bei der Ausschaffung von Straftätern hat die politische Mitte zentrale Verfassungsgrundsätze wie die «Verhältnismässigkeit» eines Entscheides der Angst der Rechten geopfert. Darum: Es braucht eine starke und solidarische Sozialdemokratische Partei - aus meiner Sicht mehr denn je!

Martin Naef, Nationalrat, Mitglied der Aussenpolitischen Kommission



Erfolge, Teilerfolge und Niederlagen

Die SP-Fraktion steht im Kantonsrat einer bürgerlichen Mehrheit gegenüber. Das zeigte sich besonders deutlich bei der Behandlung des Richtplans. In einer Marathon-Debatte wurden 252 Einzelanträge verhandelt. Nur etwa bei jedem fünften sah sich die SP-Fraktion in der Mehrheit. Am Schluss wurde die (durchaus brauchbare) Richtplanvorlage der Regierung jedoch nicht grundlegend verändert. Sie bringt einige wesentliche Fortschritte, deshalb stimmte die Mehrheit der SP-Fraktion dem neuen Richtplan in der Schlussabstimmung zu. Grösster Wermutstropfen war der Entscheid zum geplanten Innovationspark auf dem Gelände des Flugplatzes Dübendorf. Der Rat hat sich entgegen der Haltung der SP-Fraktion mit nur einer Stimme Mehrheit für die Möglichkeit einer aviatischen Nutzung des Geländes ausgesprochen. Das letzte Wort in Sachen Flugplatz Dübendorf hat allerdings der Bund.

Ein besonderer Erfolg für die Fraktion war die Zustimmung des Kantonsrates zum Gegenvorschlag der SP-Volksinitiative «Für mehr bezahlbaren Wohnraum». Diese sieht vor, dass die Gemeinden die Möglichkeit haben, mit planungsrechtlichen Instrumenten den Anteil an bezahlbarem Wohnraum zu steigern. Im Gegenvorschlag sind die zentralen Elemente der Volksinitiative enthalten. Die SP hat deshalb ihre Initiative zugunsten des Gegenvorschlags zurückgezogen. Die Abstimmung zum Gegenvorschlag ist am 28. September 2014.



Im Dezember hat der Rat über das Budget entschieden. Die bürgerliche Ratsmehrheit beschloss einmal mehr, dem Kanton einen pauschalen Kürzungsauftrag aufzuzwingen. Mit diesen Pauschalkürzungen tut der Kantonsrat so, wie wenn er sparen wollte, weigert sich aber die Verantwortung für die konkreten Sparmassnahmen zu übernehmen. Zudem hat der Rat die Investitionen massiv gekürzt. Damit droht der Jahr für Jahr wachsende Investitionsstau zu einem Tsunami anzuwachsen, der für den Kanton zu einer strategischen Bedrohung wird. Die SP-Fraktion hat deshalb das Budget 2014 geschlossen verworfen. Bleibt zu hoffen, dass die Regierung entsprechend dem Budget 2013 den Pauschalkürzungsantrag nicht umsetzen wird.

Markus Späth, Präsident der SP-Kantonsratsfraktion

Fakten und Argumente in die politische Debatte einbringen

Immer wieder stehen wir vor der Situation, dass unterstützt von den Medien politische Debatten lanciert und geführt werden. Wir möchten als Partei die Diskussion mitgestalten und SP Positionen einbringen. Die Fachkommissionen haben entsprechende Themen aufbereitet und stellen diese den EntscheidungsträgerInnen zur Verfügung. Damit wollen wir die Exekutiv- und Legislativmitglieder in den Gemeinden ganz konkret unterstützen. So hat die Sozialkommission ein «Argumentarium für die SKOS» erarbeitet, damit SP-Politikerinnen gegen die Austrittsgesuche von Seiten der SVP standfest argumentieren können. Die Gesundheitskommission hat Möglichkeiten zur «Finanzierung der Langzeitpflege und -betreuung» unter die Lupe genommen und bringt so konkrete Fakten in die Diskussion ein. Die Umweltkommission lädt am 14. Juni zu einer Informationsveranstaltung zum Thema Nachhaltigkeit ein, während die Bildungskommission eine Veranstaltung zu den Fremdsprachen an der Primarschule plant. Wir freuen uns auf spannende Diskussionen und auf ein zahlreiches Erscheinen!

Marianne Rybi, Politische Sekretärin SP Kanton Zürich

Mehr Schutz und Rechte für Lernende

Im Kapitalismus werden Lernende als Ware im Dienst des Kapitals ausgebeutet. Sie arbeiten für einen unwürdigen Lohn, werden für arbeitsfremde Tätigkeiten ausgenutzt und haben im Betrieb kein Mitspracherecht. Dabei wird vergessen, dass die Lernenden eines Tages die Arbeitswelt gestalten und deshalb auf eine solide Ausbildung angewiesen sind. Um diese Missstände aufzuzeigen und sie zu bekämpfen, hat die JUSO ein Positionspapier verabschiedet. Gefordert werden unter anderem eine Lehrstellengarantie, Mindestlöhne für Lernende, sowie das Recht auf Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz. Ebenfalls werden darin die Einführung eines nationalen Berufsbildungsfonds und die Möglichkeit, den Lehrbetrieb unbürokratisch zu wechseln, thematisiert. Als Partei des Sozialismus und damit der Arbeitenden, ist es unsere Aufgabe, uns für die Rechte der Lernenden einzusetzen und dafür zu kämpfen. Mit dem Positionspapier hat die JUSO einen ersten, wichtigen Schritt dazu getan.

Anna Serra und Pascal Bührig, Präsidium JUSO Kanton Zürich

Demokratie für alle statt für wenige!

Das Resultat vom 22.9.13 zur Volksinitiative «Für mehr Demokratie» war keine Überraschung. Obwohl die Second@s sich mit einer motivierten Kampagne für die fakultative Mitbestimmung auf Gemeindeebene eingesetzt haben, war das Resultat deutlich. Es ist davon auszugehen, dass es nicht einmal gelungen ist, das Potenzial der linken WählerInnen auszuschöpfen. Das Engagement der Second@s wollen wir dennoch mit Überzeugung weiterführen. Wir freuen uns, dass an der diesjährigen Generalversammlung der Vorstand erweitert und ein neues Präsidium gewählt werden konnte. Gemeinsam werden wir uns für die Interessen von MigrantInnen einsetzen. So haben wir im Rahmen der Stadt- und Gemeinderatswahlen den KandidatInnen mit einem Fragenbogen zu Themen des Bürgerrechts, der Migrations- und Ausländerpolitik sowie der politischen Partizipation auf den Zahn gefühlt. Die Aktion war ein Erfolg, der Rücklauf sehr positiv. Wir freuen uns über die Abschaffung der kommunalen Einbürgerungsrichtlinien in der Stadt Zürich, während wir noch immer den Schock der Abstimmung vom 9.2.14 zu verarbeiten haben. Trotzdem, wir kämpfen weiter: Se non ora quando?!

Lucia Tozzi, Präsidentin Initiativkomitee, Vorstand Second@s Plus Zürich

Politische Partizipation im Alter

Im November 2014 wurde die rund 30-seitige Broschüre «Politische Partizipation im Alter» publiziert und verbreitet. Eine vierköpfige ad hoc-Arbeitsgruppe der AG Alter hat auf der Grundlage einer Mitgliederumfrage erste Fakten zusammengetragen. Mehr als die Hälfte der Mitglieder hat sich an der Umfrage beteiligt. Fachliteratur zum Thema wurde aufbereitet. Zusammen mit der Mitgliederumfrage und der Befragung von politischen Persönlichkeiten konnte das Thema grundsätzlich aufbereitet werden. Die im vorliegenden Papier enthaltenen Empfehlungen haben zum Ziel, die Mitwirkung und die Rolle von älteren Menschen in Politik und Gesellschaft zu stärken und insbesondere mit Blick auf das Wahljahr 2015 konkrete Massnahmen aufzuzeigen. Die Broschüre kann auf dem kantonalen SP-Sekretariat bezogen oder auf der Website der AG Alter www.ag-alter.ch heruntergeladen werden. Einen konkreten Beitrag zur politischen Aktivierung leistet die AG Alter auch bei Abstimmungen. Sie informiert die Mitglieder über die SP-Abstimmungsparolen und vermittelt auf Flugblättern altersspezifische Argumente zu kontroversen Vorlagen.

Marianne de Mestral & Karl Gruber, Co-Präsidium AG Alter





Europa-Wahlen 2014: Gemeinsam für ein soziales Europa

Vom 22. bis 25. Mai 2014 wird das neue EU-Parlament gewählt. Die SP Schweiz hat sich zum Ziel gesetzt, die über 1,7 Millionen EU-Bürger und EU-Bürgerinnen in der Schweiz für die Wahl eines sozialen Europa zu mobilisieren. Nach dem Ja zur SVP-Abschottungsinitiative erst recht! Die Europäische Kommission kann als «Regierung» der EU bezeichnet werden und bestimmt gemeinsam mit dem Parlament massgeblich die europäische Politik. Erstmals kann in der Geschichte der EU der/die PräsidentIn der Europäischen Kommission direkt gewählt werden. Das Europaparlament umfasst 751 Mitglieder. 375 Millionen Wahlberechtigte aus den 28 EU-Mitgliedsstaaten werden über die Zusammensetzung entscheiden. Deshalb: Die Europa-Wahlen sind wichtig! Gemeinsam wollen wir uns für ein soziales Europa stark machen. Informationen für Wahlberechtigte in der Schweiz, Einladungen zu Veranstaltungen, Flyer und Vorlagen findest du auf der zentralen Webseite <http://europawahl2014.ch>.

Wahlen 2015:

Themen setzen und strategische Entscheide vorbereiten

Die Gemeindewahlen haben gezeigt, dass wir Wahlen gewinnen, wenn wir mit überzeugenden Persönlichkeiten antreten, Themen setzen und die eigene WählerInnenbasis mobilisieren können. Geschäftsleitung und Sekretariat arbeiten an den entsprechenden Grundlagen für das Wahljahr 2015 und werden diese am Parteitag vom 22. Mai und an der Nominations-Delegiertenversammlung vorlegen. Während die SP die Boden- und Wohnpolitik schon seit einiger Zeit zum Themenschwerpunkt gemacht hat, gilt es am Parteitag über einen weiteren kantonalen Schwerpunkt zu entscheiden. Am 27. September dann werden an der Nominations-Delegiertenversammlung die KandidatInnen für den Regierungsrat bestimmt, während in den Bezirken die Nominationen für den Kantonsrat vorbereitet werden. Die Geschäftsleitung hat eine Wahlkampfkommission eingesetzt. Diese wird zusammen mit dem Sekretariat die Planung des Wahlkampfes vorbereiten. Wir freuen uns auf die gemeinsame Arbeit!



Mitgliederwerbung: 10% mehr neue Mitglieder per Ende 2014

Ein Ausschuss der Geschäftsleitung hat sich intensiv mit der Entwicklung der Mitgliederzahlen sowie möglichen Strategien der Mitgliederwerbung befasst und diese dem Parteivorstand präsentiert. Wir wollen den Abwärtstrend der Mitgliederzahlen stoppen, Neumitglieder gut betreuen und längerfristig binden, denn sie ermöglichen mit ihren Beiträgen und ihrer aktiven Mitarbeit die politische Arbeit der SP. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe haben in verschiedenen Sektionen ihre Ideen vorgestellt und eine Schulung organisiert. Gemeinsam wollen wir erreichen, dass im Vergleich zum Jahresbeginn per Ende 2014 10% mehr neue Mitglieder zur SP Kanton Zürich zählen. Auch Einzelmitglieder können Mitglieder werben! Mitgliederwerbeproschüren können auf dem Sekretariat oder über den Onlineshop auf der Website bestellt werden. Oder möchtest du einzelne Aktionen konkret unterstützen? Dann kannst du dich bei Marianne Rybi mrybi@spzuerich.ch auf dem SP-Sekretariat melden.



Gripen-Kauf und Mindestlohn-Initiative: Wir können gewinnen!

Am 18. Mai stehen zwei wichtige nationale Abstimmungen an: Die Mindestlohn-Initiative und der Gripen-Kauf. Gemäss den Umfrageresultaten können wir beide Abstimmungen gewinnen, allerdings nur dann, wenn es uns gelingt die eigene Basis zu mobilisieren. Unterstütze die Aktionen deiner Sektion, such am Arbeitsplatz oder beim Sport das Gespräch mit deinen KollegInnen und fordere dein Umfeld auf, an der Abstimmung teilzunehmen. Wir zählen in der Schlussphase des Abstimmungskampfes auf dich! Wir brauchen keinen Gripen sondern gerechte Löhne.

Herausgeberin:

Sozialdemokratische Partei
Kanton Zürich
Gartenhofstrasse 15
8004 Zürich
Telefon 044 578 10 00

© 2014 SP Kanton Zürich

www.spzuerich.ch

Regula Götsch, Generalsekretärin SP Kanton Zürich